

## Im Gespräch

# „Die Stimmung ist deutlich besser als vor einem Jahr.“

**Dr. Gerd Landsberg**

*Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes*

Wie sehen Sie den aktuellen Status quo des kommunalen Managements der Herausforderungen durch die Flüchtlinge?

**Landsberg:** *Die Flüchtlingsproblematik überlagert in der Lokalpolitik inzwischen alles, und ist in dieser Größenordnung sicherlich eine Herausforderung, wie wir sie wahrscheinlich nur aus der Nachkriegszeit kennen. Die Integration der Flüchtlinge ist die eigentliche Herkulesaufgabe, die noch vor uns liegt. Wir haben uns im letzten Jahr vor allem auf die Unterbringung und Versorgung konzentriert. Jetzt aber müssen wir uns darum kümmern, dass die Flüchtlinge auch arbeiten können, dass sie die deutsche Sprache lernen, dass die Kinder in die Schule oder in die Kindergärten gehen. Das wird noch eine Menge Arbeit sein, und darauf sind wir in einigen Teilbereichen noch nicht ausreichend vorbereitet.*

Welche Bereiche sind das?

**Landsberg:** *Erster Punkt: Die Verwaltungen haben den Umgang damit schlicht nicht gelernt. Wir bilden Leute aus für die Verwaltung, etwa als Juristen. Aber der multikulturelle Ansatz findet bisher in der Ausbildung nicht statt. Wir reden alle vom Flüchtlingsmanager, aber den Flüchtlingsmanager gibt es so noch gar nicht.*

*Zweiter Punkt: Die Kommunen haben natürlich Erfahrung mit dem Ehrenamt, aber nicht mit einem solchen Ansturm ehrenamtlichen Engagements. Die Frage ist also: Wie steuert man 50 oder 100 Leute, die Willens sind, etwas Gutes zu tun, dass jene erstens nicht das Falsche, und zweitens nicht alle das Gleiche tun? Auch das müssen wir lernen, auch wenn es schwierig ist.*

Wie würden Sie die Stimmung in den Kommunen derzeit beschreiben? Überwiegt das Gefühl der Überforderung oder überwiegt nach wie vor eine „Anpack“-Mentalität?

**Landsberg:** *Nachdem jetzt eine gewisse Atempause durch den Rückgang der Flüchtlingszahlen eingetreten ist, hat die Mehrheit der Bürgermeister das Gefühl, dass wir das schaffen, weil wir das auch schaffen müssen. Wenn Sie sich als Politiker oder speziell Kommunalpolitiker hinstellen und sagen „Wir schaffen das nicht!“, dann können Sie gleich zurücktreten.*

Gibt es bei der Stimmungslage nach Ihrem Eindruck eine Entwicklung?

**Landsberg:** *Eindeutig. Die Stimmung ist deutlich besser als vor einem Jahr. In der zweiten Jahreshälfte 2015 gab es ja noch zahlreiche Schreiben von Bürgermeistern an die höheren Ebenen, in denen stand, dass sie es vor Ort eben nicht mehr schaffen, dass ihnen Geld fehlt, dass ihnen die richtigen Vorschriften fehlen, dass sie nicht wissen, wie sie die richtigen Unterkünfte bauen können und dürfen. Da ist inzwischen viel geschehen.*

Was wurde konkret zur Verbesserung der Lage getan?

**Landsberg:** *Zum einen ist natürlich die Zahl der Flüchtlinge zurückgegangen. Zum anderen haben sich zahlreiche Rechtsrahmen – das ist in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden – rapide und massiv verändert. Wir haben im letzten halben Jahr Rechtsänderungen durchsetzen können, die ich noch vor zwei Jahren als schöne Träume abgetan hätte. Ein einfaches Beispiel: Als die ersten Flüchtlingsunterkünfte gebaut wurden, hieß es von behördlicher Seite: „Wo sind denn die Stellplätze für die Autos?“. Zweites Beispiel: Viele leerstehende Baumärkte sollten Flüchtlingsunterkünfte werden. Hier hieß es dann: „Nein, das geht nicht, das sieht die Bauordnung nicht vor.“ All diese rechtlichen Rahmenbedingungen sind geändert worden. Eines darf aber nicht vergessen werden: Mittlerweile ist auch sehr viel Geld geflossen.*



Man konnte früher den Eindruck gewinnen, dass der Königsteiner Schlüssel nicht funktioniert. Inzwischen liegen die Zahlen für 2015 vor. Eigentlich hat die Verteilung ja gut funktioniert...

**Landsberg:** Dem stimme ich zu. Kein anderes Land der Erde hätte das so hinbekommen wie Deutschland. Man muss bedenken, dass wir gemeinsam mit der Türkei die meisten Flüchtlinge aufgenommen haben. Natürlich haben wir eine ziemlich eingespielte und gute Verwaltung, die mit solchen Herausforderungen zwar vielleicht nicht so fertig wird, wie wir uns das im Lehrbuch vorstellen – aber insgesamt ist es sehr gut gelaufen.

Sie fordern eine „intelligente“ Verteilung der Flüchtlinge in die Kommunen. Wie stellen Sie sich das konkret vor?

**Landsberg:** Zunächst einmal braucht man ja geeigneten Wohnraum für die Flüchtlinge. Also könnte man auf die Idee kommen, dass man die Leute dorthin schickt, wo zahlreiche Wohnungen zur Verfügung stehen. Das ist größtenteils eher in den ländlichen Räumen der Fall. Die Verteilung dorthin halte ich aber nicht für besonders intelligent, sofern man es nicht mit Infrastruktur- und Arbeitsmarktmaßnahmen verbindet, beziehungsweise wenn dort einfach keine Arbeit vorhanden ist. In diesem Zusammenhang muss man allerdings eines sehen: Die Heimat vieler Flüchtlinge sind sehr kleine, ländlich strukturierte Gebiete. Vielleicht wäre es sinnvoll, ganze Familienverbände irgendwo gemeinsam anzusiedeln, weil sie gemeinsam besser in der Lage sind, ihr Leben zu organisieren. Wir haben ähnliches bei den Aussiedlern erlebt. Gehen Sie nach Waldbröl oder nach Rheine: Da gibt es ganze Viertel, ganze Neubaugebiete von Russlanddeutschen. Da funktioniert viel über die Familienverbände und Nachbarschaftshilfe. Das nenne ich intelligente Steuerung. Das geht aber nicht am Reißbrett, und ich weiß auch, dass das nicht leicht ist.

Umfragen zeigen, dass es auf der kommunalen Ebenen durchaus einen Frust über die Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern gibt. Woran liegt das?

**Landsberg:** Viele Bürgermeister und Kommunalpolitiker haben natürlich das Gefühl, dass „die da oben“ alles besser wissen, aber es nicht besser machen. Ich würde jedem Bundes- und Landespolitiker raten, dass man den Kommunen, den Menschen vor Ort, auch immer mal wieder etwas Aufmerksamkeit schenken muss.

Man muss aber fairerweise sagen: Diesen Frust gibt es, aber den befeuern wir auch ein Stück weit als Spitzenverbände. Wir sind alle sechs Wochen bei der Kanzlerin, und da machen wir Druck, Druck, Druck. Der Bund hat inzwischen enorme Leistungen erbracht, zum Beispiel zahlt er 670 Euro im Monat für jeden Asylbewerber. Zukünftig übernimmt der Bund sämtliche Unterkunftskosten anerkannter Asylbewerber bis 2018 – allein das sind 2,6 Milliarden Euro. Er übernimmt die Sprachkurse. Er übernimmt die Berufsorientierung. Er hat im sozialen Wohnungsbau die Mittel stark erhöht. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen wurden geändert. Natürlich kann man immer sagen, dass dies alles nicht ausreicht und ich als Vertreter eines Spitzenverbands sage immer, dass es zu wenig ist. Aber das ist Mentalität.

Hat sich das Verhältnis zwischen den verschiedenen Ebenen, Bund, Länder, Kommunen verbessert? Sehen Sie da in den letzten Jahren eine Entwicklung?

**Landsberg:** Es war sicher nie ganz schlecht, aber es ist vor allem in den letzten Monaten definitiv besser geworden. Der Bund hat einfach gemerkt: Ohne die Kommunen geht es nicht. Wann haben wir davor einmal mit der Bundeskanzlerin gesprochen? Mit Gerhard Schröder hatten wir in vier Jahren ein einziges Gespräch, das zehn Minuten dauerte. Was hat er als Erstes gesagt? – Dass er uns nicht helfen könne, denn wir seien von den Ländern abhängig. Wenn Sie dann im Vergleich zu heute sehen, dass

# Im Gespräch

*wir alle sechs Wochen mit der Bundeskanzlerin und dem halben Bundeskabinett zusammensitzen, dann ist das für uns als Verband, aber auch für die Kommunen insgesamt, eine deutliche Aufwertung. Und wie bereits gesagt: Wir werden gehört, und es werden Gesetze gemacht, die ich vorher nicht für möglich gehalten hätte.*

Wenn Sie dort in diesen Runden zusammensitzen: Sind die Parteiunterschiede nachrangig oder spielen sie eine Rolle?

**Landsberg:** *Der Entscheidungs- und Lösungsdruck ist so groß, dass diese parteipolitischen Sprechblasen, die dann höchstens in der Zeitung auftauchen, keine Rolle spielen. Nöte und Krisen schaffen Chancen.*

Wie ist Ihr Eindruck aus den Gesprächen: Wissen die politischen Spitzen, wie es vor Ort in den Kommunen aussieht?

**Landsberg:** *Diejenigen, mit denen wir sprechen, wissen sehr genau, wie es vor Ort aussieht. Aber nicht jeder, der weiß, wie es vor Ort aussieht, möchte das in dieser Form aus politischen Gründen auch kommunizieren. Die Bundeskanzlerin ist oft kritisiert worden für den Satz „Wir schaffen das!“. Soll sich ein Politiker etwa hinstellen und sagen: „Wir schaffen das nicht!“? Dann kann er gleich nach Hause gehen. Politiker müssen das sagen – egal ob es stimmt oder nicht.*

Was ist in Ihren Augen die zentrale Voraussetzung für gelingende Integration vor Ort?

**Landsberg:** *Sie müssen die örtliche Bevölkerung mitnehmen, und sie dürfen sie nicht überfordern. Sie müssen das als Prozess gestalten. Sie müssen erreichen, dass die Bürger überhaupt in Kommunikation miteinander kommen. Das ist in kleineren Orten vielfach einfacher als in den großen Städten. Und sie müssen verhindern, dass sich die Neuankömmlinge abschotten.*

Brauchen die Kommunen mehr Hilfestellungen? Fehlt es an Integrationskonzepten?

**Landsberg:** *Nein, theoretische Konzepte gibt es zuhauf. Es gibt auch nicht das eine Konzept, sondern jedes Konzept muss an den jeweiligen Ort, an die jeweilige Stadt angepasst werden.*

Braucht es in den Verwaltungen eigene Stabsstellen für Integration oder langfristig angelegte Stellen von Flüchtlingsmanagern?

**Landsberg:** *Generell ist es wichtig, dass Menschen für diese Aufgabe ausgebildet werden. Da haben wir Nachholbedarf.*

Stichwort: Aktuelles Integrationsgesetz. Können Sie noch einmal herausstellen, was Sie an dem Gesetz gut finden und wo es aus Ihrer Sicht Nachbesserungsbedarf gibt?

**Landsberg:** *Zunächst einmal finde ich gut, dass es dieses Gesetz nun überhaupt gibt, denn wir haben es auch schon sehr lange, mit als Erste, gefordert. Es ist auch ein klares Bekenntnis des Bundes, dass es sich um eine Bundesaufgabe handelt. Ich hätte nichts schlimmer gefunden, als wenn jedes Bundesland sein eigenes Integrationsgesetz gemacht hätte.*

*Ich glaube auch, dass der Grundsatz „Fördern und Fordern“ richtig ist. Wobei auch da muss man ehrlich sein und sich fragen, was denn „Fordern“ in der konkreten Umsetzung bedeutet. Es ist fraglich, ob das mit dem „Fordern“ auch so vollstreckt wird. Den Grundsatz des „Forderns“ festzuschreiben, hat eher eine Symbolwirkung.*

*Wir halten auch die Wohnsitzauflage für gut – sie war eine unserer Hauptforderungen. Aber wenn es weiter so läuft, wie jetzt, dass einige Bundesländer diese Wohnsitzauflage – jedenfalls rückwirkend – nicht umsetzen wollen, dann ist die Wirkung verfehlt. Das Gesetz wurde im August im Bundesgesetzblatt veröffentlicht. Im Zeitraum von Januar 2015 bis Juli 2016 hat das BAMF aber schon über knapp 620.000 Asylanträge entschieden. Auch hier muss ich fragen: Ist es realistisch, dass jemand, der seit drei Monaten in „Kommune A“ wohnt, nun, weil er besser dorthin passt, in die „Kommune B“ zieht? Da haben Sie keine Chance. Trotzdem ist diese Symbolwirkung der Wohnsitzauflage gut. Wenn es hart auf hart kommt, dann haben wir jetzt diese Möglichkeit. Ob es dann im konkreten Fall wirklich funktioniert, ist eine andere Frage. Kurzum: Ich finde das Integrationsgesetz gut, was aber nicht bedeutet, dass man in Einzelfällen diskutieren kann, ob etwas anders gemacht werden müsste.*

Wie bewerten Sie den Schwenk im Integrationsgesetz, weg nur von restriktiven Maßnahmen, hin zu Maßnahmen der Arbeitsmarktintegration?

**Landsberg:** Arbeit ist die beste Form der Integration! Ich war immer der Meinung, dass man die Leute sofort arbeiten lassen sollte. Nichts ist schlimmer als Leute aus anderen Kulturkreisen daran zu gewöhnen, dass man hier in Deutschland herumsitzen kann ohne zu arbeiten, und es kommt trotzdem Geld auf das Bankkonto. Ich wäre sogar noch weitergegangen und hätte alle sofort arbeiten lassen. Wenn man sich die Praxis anguckt, läuft es ja wie folgt: Es wird ein Antrag gestellt, der geht an die Bundesagentur bzw. an die Landesstelle, die prüft drei Monate lang und kommt am Ende fast immer zu dem Ergebnis, dass es keinen Deutschen gibt, der diese Stelle besetzen könnte. Bis dahin sind dann aber vier Monate vergangen.

Die Menschen in Arbeit zu bringen scheint in der Praxis aber die größte Hürde zu sein.

**Landsberg:** Das liegt daran, dass viele nicht ausreichend qualifiziert sind. Sie können ohne wenigstens grundlegende Sprachkenntnisse nicht arbeiten. Und wir haben einen Arbeitsmarkt, der eben für die Geringqualifizierten kaum Lösungen anbietet. Das wird nicht ohne einen „dritten“ Arbeitsmarkt funktionieren. Insofern halte ich auch die 100.000 Ein-Euro-Jobs im Gesetz für sinnvoll.

Politiker werden angegriffen oder angefeindet, es gibt eine deutliche Zunahme von Straftaten mit einem fremdenfeindlichen Hintergrund, nicht selten kommt es zu Protesten gegen die Unterbringung von Flüchtlingen. Gährt etwas in der Gesellschaft in einem Maße, das Sie besorgniserregend finden?

**Landsberg:** Da ist ein Punkt, den ich mit großer Sorge betrachte. Hier verändert sich Gesellschaft zum Negativen und das ist gefährlich. Hier bricht etwas weg. Das hat längst die radikalen Kreise verlassen. Die Anfeindungen und Bedrohungen, aber auch, dass den Worten Taten folgen, ist leider ein flächendeckendes Problem für Kommunalpolitiker. Es herrscht vielfach eine Politikverachtung. Der vorläufige Höhepunkt dessen war der Angriff auf Henriette Reker. Der Landrat aus dem Main-Kinzig-Kreis kandidiert wegen dieser Gemengelage nicht mehr. Der Bürgermeister von Tröglitz ist zurückgetreten.

Und wie reagiert die Politik? Sie reagiert ein paar Tage mit Empörung und Bestürzung, und dann geht man zur Tagesordnung über. Die Masse der kommunalen Amtsträger „klickt“ die Beleidigungen per Mail oder in den sozialen Netzwerken einfach weg, andere stellen Strafantrag. Wenn Strafantrag gestellt wird, sagt die Staatsanwaltschaft oft, dass es sicher eine Beleidigung sei, aber dass es kein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung gibt. Ich frage mich, warum die Justizminister nicht längst eine Weisung an die Staatsanwaltschaften gegeben haben, dass in diesen Fällen ein öffentliches Interesse an einer Strafverfolgung garantiert ist. Es gibt ja Fälle, da wird verfolgt und verurteilt, trotzdem bin ich der Meinung, dass der Rechtsstaat hier viel offensiver vorgehen muss, vielleicht mit einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft.

Wir haben auch ein Gutachten erstellen lassen, ob es möglich ist, den Straftatbestand des „Politikerstalkings“ einzuführen, denn der jetzige „Stalking-Paragraph“ ist nicht einschlägig, weil es eine dauerhafte Beeinträchtigung sein muss. Wir haben dann einen Vorschlag gemacht, und uns wurde geantwortet, dass man bald tätig werde, aber eine Sonderregelung für Politiker nicht gebraucht würde.

Wie wird sich aus Ihrer Sicht Deutschland, vor dem Hintergrund der vielen Menschen, die zu uns kommen, in zwei oder drei Jahren darstellen?

**Landsberg:** Da ich Optimist bin, sage ich, dass das ein Erfolgsmodell werden kann. Wir sind eine alternde Gesellschaft – die Masse der Leute, die kommen, ist hingegen jung. Noch vor einem Jahr dachten wir darüber nach: Welche Schulen, welche Kindergärten schließen wir? Jetzt haben wir das genaue Gegenteil. Unsere Zukunft und unser Wohlstand hängen davon ab, ob wir die Menschen in Arbeit bringen und in die Gesellschaft integrieren. Diese Gesellschaft wird damit auch offener. Als ich jung war, hat mein Vater zu meinen Schwestern gesagt: „Kommt mir nicht mit einem Italiener!“. Da zeigt sich ja, wie eine Gesellschaft sich verändert und öffnet. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Situation eine Chance ist.